

Anfragen: Wintersession 2019

Dir. Nr.	Grossrätin/Grossrat	Titel	Seite
Staatskanzlei STA			
5	Luginbühl-Bachmann (Krattigen, BDP)	Zweisprachige Zukunft des Kantons Bern – Wer hat die Verantwortung?	3
Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE			
1	Müller (Orvin, SVP)	PTA-Wohnheim Neuenburgstrasse	4
13	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)	Warum wird der tägliche Stau auf der Auto- bahn A6 nicht wirksamer bekämpft?	5
Erziehungsdirektion ERZ			
2	Kocher Hirt (Worben, SP) (Sprecher/in) Blum (Melchnau, SP)	Aufsicht über die Qualität der Sonderschulung	6
3	Kocher Hirt (Worben, SP) (Sprecher/in) Blum (Melchnau, SP)	Übersicht zur Schulsituation für Kinder mit ausserordentlichem Unterstützungsbedarf	7
4	Kocher Hirt (Worben, SP) (Sprecher/in) Blum (Melchnau, SP)	Unterstützung der Eltern bei der Suche eines Sonderschulplatzes	8
8	Lanz (Thun, SVP)	Kostenbeteiligung der Gemeinden an wissen- schaftlichen Untersuchungen archäologischer Stätten und Fundstellen	9
10	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)	Finanzielle und bauliche Auswirkungen der «Züglete» der «Lädere» nach Burgdorf	10
14	Alberucci (Ostermundigen, glp)	Sicherheit der Schülerinnen und Schüler auf Pausenplätzen	11
Finanzdirektion FIN			
9	Brönnimann (Mittelhäusern, glp)	Voranschlag 2020	12
Staatskanzlei STA (Juradelegation des Regierungsrates JDR)			
18	Heyer (Perrefitte, FDP)	Klärung der Kampagnenfinanzierung im Zu- sammenhang mit der Gemeindeabstimmung in Moutier vom 18. Juni 2017	13
Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF			
7	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)	Altersguillotine bei der Patientenbeteiligung an Pflegeleistungen	14
19	Jordi (Bern, SP)	Asyl- und Flüchtlingswesen: Der Kanton lässt seine langjährigen Leistungserbringer im Re- gen stehen	15



Volkswirtschaftsdirektion VOL

6	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)	Berufsgruppen als Sicherheitsrisiko	16
11	von Arx (Köniz, glp)	Neue Stellen im Bereich Tierschutzdelikte bei der VOL	17

Polizei- und Militärdirektion POM

12	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)	Vermummung und unbewilligte Demonstration	18
15	Ammann (Bern, AL)	Na-Be – Wie plant der Regierungsrat, die altrechtlichen Gesuche nach Einführung der neuen kantonalen Gesetzgebungen zu behandeln?	19
16	Ammann (Bern, AL)	Umgang mit Schwankungen bei Asylgesuchen	20

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion JGK

17	Köpfli (Wohlen b. Bern, glp)	Veröffentlichung des Gutachtens zum Notariatswesen	21
----	------------------------------	--	----

Anfragen Wintersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 5

Eingereicht am: 23.09.2019

Eingereicht von: Luginbühl-Bachmann (Krattigen, BDP) Beantwortet durch: STA

Zweisprachige Zukunft des Kantons Bern – Wer hat die Verantwortung?

Die Regierung bekräftigt mit dem Engagement 2030 ihre Absicht, der Weiterentwicklung der Zweisprachigkeit eine grössere Bedeutung zu schenken. Diese Absicht wird begrüsst. Die Arbeiten werden auf verschiedenen Ebenen vorangetrieben, und die Koordination erfolgt über die Staatskanzlei bzw. über den Vizestaatsschreiber. So ist zum Beispiel im September 2019 in Biel eine Infoveranstaltung zum Thema geplant. Teilnehmer werden sein: Ständerat Hans Stöckli, Stadtpräsident Biel Erich Fehr, Vizestaatsschreiber David Gaffino und Roland Zaugg, Inhaber und CEO der Firma Zesar.ch.

Fragen:

1. Ist für die ganze Umsetzung der «Zweisprachigkeit Kanton Bern» auch weiterhin vorgesehen, den Vizestaatsschreiber einzusetzen?
2. Beabsichtigt der Regierungsrat, das Dossier zu einem späteren Zeitpunkt einem Regierungsmitglied zu übertragen?
3. Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, es wäre der Sache und der Wichtigkeit des Themas dienlich, das Dossier bei der ERZ anzusiedeln?

Verteiler

- Staatskanzlei
- Grosser Rat

Anfragen Wintersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 1

Eingereicht am: 03.09.2019

Eingereicht von: Müller (Orvin, SVP)

Beantwortet durch: BVE

PTA-Wohnheim Neuenburgstrasse

Das PTA-Wohnheim ("Pfadfinder trotz Allem") in La Neuveville ist eine Institution für 44 Erwachsene mit kognitiver Beeinträchtigung. Die beiden Hauptgebäude befinden sich an der Neuenburgstrasse 16 und 22 in genannter Gemeinde.

Zwischen den beiden Gebäuden verläuft die Hauptstrasse Biel–Neuenburg. Die Bewohnerinnen und Bewohner müssen also die dicht befahrene Hauptstrasse in einer Tempo-50-Zone überqueren, um vom Wohnhaus „See“ zum Hauptgebäude und zu den Beschäftigungsateliers zu gelangen.

In vergangenen Jahren kam es beim Überqueren der Hauptstrasse bereits zu mehreren Unfällen. Es mussten unter anderem ein Schwerverletzter, eine angefahrene Bewohnerin und sogar ein Todesfall beklagt werden.

Vorstösse seitens der ehemaligen Heimleitung zur Einführung einer Tempo-30-Zone vor dem Heim verliefen im Leeren. Vor wenigen Monaten wurden umfangreiche Sanierungsarbeiten an der Hauptstrasse abgeschlossen. Interventionen des neuen Heimleiters, die Gelegenheit zu nutzen, und die kurz vor dem Heim endende Tempo-30-Zone zu verlängern, waren nicht erfolgreich.

Fragen:

1. Welche Gründe sprechen gegen eine entsprechende Verlängerung der Tempo-30-Zone?
2. Sind sich die Verantwortlichen des Kantons der von dieser Situation ausgehenden Gefahr bewusst?
3. Sollte eine Verlängerung der Tempo-30-Zone nicht in Frage kommen: Welche anderen Massnahmen wären möglich, um die beschriebene Gefährlichkeit zu entschärfen?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Wintersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 13

Eingereicht am: 25.11.2019

Eingereicht von: Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)

Beantwortet durch: BVE

Warum wird der tägliche Stau auf der Autobahn A6 nicht wirksamer bekämpft?

Die Autobahn A6 zwischen Thun und Bern ist zu Stosszeiten chronisch überlastet. Namentlich am Morgen staut sich der Verkehr zwischen Rubigen und Bern Wankdorf regelmässig. Als Gegenmassnahme wurde bei Rubigen eine Ampelanlage installiert, welche die Autos portioniert von der Auffahrt auf die Autobahn einfahren lässt. An anderen Einfahrten, namentlich bei Muri oder am Ostring, gibt es jedoch keine solche Anlage.

Fragen:

1. Die Ampelanlage in Rubigen zeigt offensichtlich Wirkung. Warum wird eine solche Ampelanlage nicht auch an anderen Einfahrten, namentlich in Muri und am Ostring, eingeführt?
2. Wann kommt endlich die Benutzung des Pannestreifens zur Entlastung zu Stosszeiten?
3. Mit welchen baulichen Massnahmen könnte der chronische Stau sonst noch bekämpft werden?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Wintersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 2

Eingereicht am: 18.09.2019

Eingereicht von: Kocher Hirt (Worben, SP)
(Sprecher/in)
Blum (Melchnau, SP)

Beantwortet durch: ERZ

Aufsicht über die Qualität der Sonderschulung

Die Sonderschulstrategie ist ausgearbeitet und wird voraussichtlich im Jahre 2020 umgesetzt. In der Zwischenzeit ist es für Familien mit Kindern, die gemäss Artikel 18 VSG einer «anderen Schulung» zugewiesen werden, noch immer eine Herausforderung, wenn sie einen Schulplatz suchen müssen. Dies ist für die Familien belastend und kann frustrieren.

Es soll geklärt werden, welche Stelle die Verantwortung für die Aufsicht trägt, wenn Kinder nicht (oder nicht mehr) in der Regelschule beschult werden können.

Fragen:

1. Wie viele Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf werden in einem anderen Schulsetting beschult (beispielsweise in einer Privatschule oder Homeschooling)?
2. Welche Instanz übernimmt die Aufsicht über die Schulung der Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf, die nicht in einer öffentlichen Schule unterrichtet werden?
3. In welcher Form wird die Beschulung der Kinder, die in einem anderen Schulsetting beschult werden, inkl. Schulabschluss und Berufseinstieg, überwacht?

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Wintersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 3

Eingereicht am: 18.09.2019

Eingereicht von: Kocher Hirt (Worben, SP)
(Sprecher/in)
Blum (Melchnau, SP)

Beantwortet durch: ERZ

Übersicht zur Schulsituation für Kinder mit ausserordentlichem Unterstützungsbedarf

Die Sonderschulstrategie ist ausgearbeitet und wird voraussichtlich im Jahre 2020 umgesetzt. In der Zwischenzeit ist es für Familien mit Kindern, die gemäss Artikel 18 VSG einer «anderen Schulung» zugewiesen werden, noch immer eine Herausforderung, wenn sie einen Schulplatz suchen müssen. Dies ist für die Familien belastend und kann frustrieren.

Es soll geklärt werden, wie viele Kinder aktuell integrativ und wie viele Kinder separativ beschult werden.

Fragen:

1. Wie viele Kinder, die der «anderen Schulung» zugewiesen werden, sind aktuell integrativ beschult, wie viele Kinder sind in einer separativen Schulung im Rahmen der kantonalen Angebote?
2. Welche Tendenzen zeichnen sich ab in Bezug auf die Schülerzahlen in den beiden Bereichen?
3. Wie viele Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf werden in einer ausserkantonalen Institution geschult?

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Wintersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 4

Eingereicht am: 18.09.2019

Eingereicht von: Kocher Hirt (Worben, SP)
(Sprecher/in)
Blum (Melchnau, SP)

Beantwortet durch: ERZ

Unterstützung der Eltern bei der Suche eines Sonderschulplatzes

Die Sonderschulstrategie ist ausgearbeitet und wird voraussichtlich im Jahre 2020 umgesetzt. In der Zwischenzeit ist es für Familien mit Kindern, die gemäss Artikel 18 VSG einer «anderen Schulung» zugewiesen werden, noch immer eine Herausforderung, wenn sie einen Schulplatz suchen müssen. Dies ist für die Familien belastend und kann frustrieren.

Es soll geklärt werden, in welcher Form die Familien bei der Suche eines Sonderschulplatzes unterstützt werden.

Fragen:

1. In welcher Form werden die Familien bei der Suche nach einem Schulplatz in der Übergangszeit bis zur Umsetzung von REVOS unterstützt?
2. Mit welchen Massnahmen wird über diese Unterstützung informiert, so dass die betroffenen Familien rasch Hilfe holen können?
3. Kann mit den vorhandenen Unterstützungsmassnahmen die Nachfrage in Bezug auf eine reibungslose Zuteilung der Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf gedeckt werden?

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Wintersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 8

Eingereicht am: 20.11.2019

Eingereicht von: Lanz (Thun, SVP)

Beantwortet durch: ERZ

Kostenbeteiligung der Gemeinden an wissenschaftlichen Untersuchungen archäologischer Stätten und Fundstellen

Verschiedene Gemeinden wurden in der Vergangenheit zur Beteiligung an den Kosten der wissenschaftlichen Untersuchung des archäologischen Dienstes verpflichtet. In den jeweiligen Verfügungen der Erziehungsdirektion wird die Kostenbeteiligung vorab damit begründet, die Kostenbeteiligung sei Folge der Selbstbindung der Gemeinden und solle zu einer Kosteneindämmung führen, da man sich vermehrt auf die Belassung des betreffenden Objekts im bisherigen Zustand besinnen werde.

Fragen:

1. Wie oft wurden bernische Gemeinden in den letzten 5 Jahren gestützt auf Artikel 24 Absatz 3 des Denkmalpflegegesetzes zur Tragung von Kosten archäologischer Untersuchungen verpflichtet?
2. Wie viele Gemeinden waren von der Kostenbeteiligung betroffen?
3. In wie vielen Fällen verzichtete die Gemeinde auf die Überbauung des betreffenden Grundstücks, nachdem ihr eine Kostenbeteiligung in Aussicht gestellt wurde?

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Wintersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 10

Eingereicht am: 23.11.2019

Eingereicht von: Geissbühler-Strupler
(Herrenschwanden, SVP)

Beantwortet durch: ERZ

Finanzielle und bauliche Auswirkungen der «Züglete» der «Lädere» nach Burgdorf

Wie wir aus Erfahrung wissen, kostet eine «Züglete» viel Geld, insbesondere bei schweren Apparaturen für den Metallbau usw., wie sie in der Technischen Fachschule gebraucht werden. Auch wäre es interessant zu wissen, was mit den leerstehenden Gebäuden geschehen wird.

Fragen:

1. Mit welchen Kosten wird für die «Züglete» der Werkstätte und deren Einbau in Burgdorf gerechnet?
2. Falls neue Apparate angeschafft werden, wie teuer kommt dies zu stehen?
3. Was ist mit den leerstehenden Gebäuden vorgesehen?

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Wintersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 14

Eingereicht am: 25.11.2019

Eingereicht von: Alberucci (Ostermundigen, glp)

Beantwortet durch: ERZ

Sicherheit der Schülerinnen und Schüler auf Pausenplätzen

Gemäss Artikel 9 der Volksschulverordnung beaufsichtigt die Gemeinde «die Schul- und Schulsportanlagen sowie deren Ausrüstung». Es stellt sich die Frage, welche Rolle der Kanton insbesondere bei der Beurteilung der Sicherheit der Schülerinnen und Schüler auf dem Pausenplatz einnimmt – dies insbesondere im Hinblick auf Pausenplätze, die für motorisierte Fahrzeuge (Autos) zugänglich sind.

Fragen:

1. Erfolgt durch den Kanton eine Beurteilung, ob Schulplätze für die Schülerinnen und Schüler ausreichend sicher sind?
2. Wie ist die Haltung des Kantons gegenüber Pausenplätzen, die für motorisierte Fahrzeuge (Autos) allgemein zugänglich sind?
3. Wie beurteilt der Kanton die Situation im Schulhaus Bernstrasse in Ostermundigen, wo der Pausenplatz gleichzeitig als öffentlicher Parkplatz dient?

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Wintersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 9

Eingereicht am: 21.11.2019

Eingereicht von: Brönnimann (Mittelhäusern, glp)

Beantwortet durch: FIN

Voranschlag 2020

Im Voranschlag 2020 wird auf Seite 30 aufgezeigt, welche Stellen pro Direktion im Jahr 2019 neu geschaffen wurden. Leider sind die Informationen, wieso die Stellen geschaffen wurden, sehr knapp. Weiter geht aus den Informationen hervor, dass nur die GEF, die ERZ und die STA die Vorgaben der Planungserklärung Brönnimann umgesetzt haben.

Fragen:

1. Wieso wurden neue Stellen geschaffen, obwohl die Sollbestände der Direktionen nicht erreicht werden?
2. Wieso hat der Regierungsrat, haben die Direktionen, trotz der Vorgaben der Planungserklärung Brönnimann neue Stellen bewilligt? Begründung?
3. Wieso toleriert der Regierungsrat, dass sich einzelne Direktionen (FIN, VOL, JGK) nicht an die fristgerechte, korrekte Umsetzung der Vorgaben der Planungserklärung Brönnimann halten?

Verteiler

- Finanzdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Wintersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 18

Eingereicht am: 25.11.2019

Eingereicht von: Heyer (Perrefitte, FDP)

Beantwortet durch: STA (JDR)

Klärung der Kampagnenfinanzierung im Zusammenhang mit der Gemeindeabstimmung in Moutier vom 18. Juni 2017

Während der Kampagne im Hinblick auf die Abstimmung vom 18. Juni 2017 konnte man seitens der Befürworter eines Kantonswechsels immer wieder Kommentare hören und lesen, die sich auf die «schwarzen Kassen» des Kanton Bern in den 1970er-Jahren bezogen.

Im März 2013 veröffentlichte das *Journal du Jura* einen Artikel über die jurassische Wiedervereinigungsstiftung «Fondation de la réunification du canton du Jura», in die die Gemeinden des Kantons Jura im Hinblick auf die institutionelle Abstimmung vom 24. November 2013 Beiträge einzahlten. Das Stiftungskapital soll sich im Februar 2013 auf über 500 000 Franken belaufen haben. Soweit uns bekannt ist, leisten noch heute öffentlich-rechtliche Körperschaften des Kantons Jura Beiträge an diese Wiedervereinigungsstiftung.

Angesichts der lautstarken Kampagne von «Moutier Ville Jurassienne» während der Abstimmung vom 18. Juni 2017 stellen sich uns berechtigterweise Fragen in Bezug auf die Finanzierung ihrer Kampagne, denn es kann nicht sein, dass öffentliche Gelder namentlich über die Finanzierung eines privaten Komitees in eine Volksabstimmung fliessen.

Fragen:

1. Ist dem Regierungsrat bekannt, ob im Rahmen der Moutierabstimmung vom 18. Juni 2017 irgendwelche Gelder der «Fondation de la réunification du canton du Jura» verwendet wurden?
2. Hat der Regierungsrat im Rahmen der Dreiparteiengespräche (Tripartite) die Kampagnenfinanzierung in Moutier oder die Nutzung der «Fondation de la réunification du canton du Jura» in diesem Zusammenhang bereits thematisiert oder wird er dies noch tun?
3. Zieht es der Regierungsrat im Hinblick auf die Wiederholung der Abstimmung in Moutier in Betracht, Massnahmen zu ergreifen, damit bei den Kampagnenfinanzierungen Transparenz herrscht?

Verteiler

- Staatskanzlei (Juradelegation des Regierungsrates)
- Grosser Rat

Anfragen Wintersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 7

Eingereicht am: 11.11.2019

Eingereicht von: Geissbühler-Strupler
(Herrenschwanden, SVP)

Beantwortet durch: GEF

Altersguillotine bei der Patientenbeteiligung an Pflegeleistungen

Patienten ab 65 Jahren sind der Ansicht, dass ihre Beteiligung an Pflegeleistungen der Spitex von maximal 15.95 Franken pro Tag willkürlich festgelegt wurde. Sie stören sich nicht in erster Linie an der Patientenbeteiligung, sondern am Umstand, dass diese Patientenbeteiligung nicht alle Spitex-Patienten bezahlen müssen.

Fragen:

1. Was ist die Begründung dieser Altersguillotine?
2. Warum müssen Patienten unter 65 Jahren diese Patientenbeteiligung nicht bezahlen?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Wintersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 19

Eingereicht am: 25.11.2019

Eingereicht von: Jordi (Bern, SP)

Beantwortet durch: GEF

Asyl- und Flüchtlingswesen: Der Kanton lässt seine langjährigen Leistungserbringer im Regen stehen

Mit der Neustrukturierung des Asyl- und Flüchtlingswesens (NA-BE) hat der Kanton Bern zur Leistungserbringung 2020-28 durch Externe, so genannte «Regionale Partner», nach einem Ausschreibungsverfahren bestimmt. Für diejenigen, die bereits in der Vergangenheit Leistungen erbrachten und neu keinen Leistungsvertrag mit dem Kanton haben werden, bedeutet das, dass sie ihren Betrieb bis Ende 2020 sukzessive abbauen und ihre Mitarbeitenden entlassen müssen, teilweise werden das über 100 Personen sein.

Fragen:

1. Inwiefern unterstützt der Kanton Bern seine langjährigen Leistungserbringer bei flankierenden Massnahmen bzw. Sozialplan für die vielen Entlassungen in diesen Betrieben?
2. Trifft es zu, dass Leistungserbringer, die mit der POM einen Vertrag hatten, Rückstellungen aus allfälligen Überschüssen machen konnten, während diejenigen, die mit der GEF einen Vertrag hatten, verpflichtet waren, allfällige Überschüsse dem Kanton zurückzahlen? Mit solchen Überschüssen könnten die Leistungserbringer flankierende Massnahmen bei Entlassungen, insbesondere bei Härtefällen, finanzieren.

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Wintersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 6

Eingereicht am: 11.11.2019

Eingereicht von: Geissbühler-Strupler
(Herrenschwanden, SVP)

Beantwortet durch: VOL

Berufsgruppen als Sicherheitsrisiko

Von gut unterrichteten Kreisen wird bei Mitarbeitenden von Umzugs-, Transport- und Reinigungsfirmen ein erhöhtes Sicherheitsrisiko festgestellt. Oft werden diese temporär mit Touristenvisum angestellt oder aus dem Schengen-Raum rekrutiert. Diese Angestellten arbeiten unregelmässig und auf Abruf. Das Reinigungspersonal arbeitet meist am Abend oder Morgen, so dass es kaum möglich ist, die Firmen zu kontrollieren. Durch diese Situation erhöht sich das Sicherheitsrisiko in Bezug auf Einbrüche und Diebstahl von geistigem Eigentum oder sensiblen Daten.

Fragen:

1. Kennt der Regierungsrat dieses Sicherheitsrisiko?
2. Welche Massnahmen werden ergriffen, um die oft eingeschleusten Mitarbeiter zu kontrollieren?
3. Wie werden die Auftraggeberinnen und Auftraggeber in Bezug auf das Sicherheitsrisiko sensibilisiert?

Verteiler

- Volkswirtschaftsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Wintersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 11

Eingereicht am: 25.11.2019

Eingereicht von: von Arx (Köniz, glp)

Beantwortet durch: VOL

Neue Stellen im Bereich Tierschutzdelikte bei der VOL

Der Regierungsrat erwähnt im Vortrag zum «Voranschlag 2020 und Aufgaben-/Finanzplan 2021–2023 des Kantons Bern»¹ auf S. 30, dass im Amt für Landwirtschaft und Natur (LANAT) in Folge des Bundesgerichtsurteils im Bereich Tierschutzdelikte die Schaffung zusätzlicher Stellen geplant ist. Der Fragesteller geht davon aus, dass das Urteil 6B_982/2017 vom 14. Juni 2018² gemeint ist, das festhält, dass das ehemalige Berner Tierschutzmodell bundesrechtswidrig ist.

In seiner Antwort auf den auf Bundesebene eingereichten Vorstoss «Effiziente Vertretung von Tierschutzanliegen in Strafverfahren ermöglichen»³ argumentiert der Bundesrat: «Die Zulassung weiterer Parteien würde überdies zu einer zusätzlichen Belastung und Verlängerung von Strafverfahren führen und den Kantonen Mehrkosten verursachen.»

Fragen:

1. Wie viele Stellen plant der Regierungsrat infolge des erwähnten Bundesgerichtsurteils zu schaffen?
2. Wer hat die Aufgaben, die die neuen Stellen erfüllen sollen, vor dem Bundesgerichtsurteil erfüllt?
3. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung des Bundesrates, dass die Zulassung weiterer Parteien zu Strafverfahren betreffend Tierschutzdelikte, wie sie im ehemaligen Berner Modell möglich waren, zu Mehrkosten beim Kanton Bern führt?

Verteiler

- Volkswirtschaftsdirektion
- Grosser Rat

¹ <https://www.gr.be.ch/etc/designs/gr/media.cdwsbinary.DOKUMENTE.acq/487c3d6b9a23498788a808685fb06835-332/1/PDF/2019.FINGS.497-Beilage-D-191293.pdf>

² https://www.bger.ch/ext/eurospider/live/de/php/aza/http/index.php?highlight_docid=aza%3A%2F%2Faza//14-06-2018-6B_982-2017&lang=de&zoom=&type=show_document

³ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20184052>

Anfragen Wintersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 12

Eingereicht am: 25.11.2019

Eingereicht von: Geissbühler-Strupler
(Herrenschwanden, SVP)

Beantwortet durch: POM

Vermummung und unbewilligte Demonstration

Am Samstag, den 23.11.2019, fand eine unbewilligte Demo in Bern statt. Im Internet wurden der Versammlungsplatz und die Versammlungszeit bekanntgegeben. Deshalb mussten wir unseren Infostand beim Käfigturm um 14 Uhr abbrechen. Beim Umzug durch die Hauptgassen von Bern liefen höchstens 100 Personen mit. Die meisten jung, schwarz gekleidet und vermummt. Die Bevölkerung, vor allem auch ausländische Gäste, wurde durch diesen laut skandierenden Umzug erschreckt, und es herrschte Unverständnis.

Fragen:

1. Warum wurden die Umzugsteilnehmenden nicht schon an ihrem Treffpunkt auseinandergetrieben?
2. Warum wurden die Vermummten trotz Vermummungsverbot nicht aus dem Verkehr gezogen und angezeigt?
3. Warum müssen gewöhnliche Bürgerinnen und Bürger für einen Standplatz bezahlen, während einige Gesetzesbrecherinnen und Gesetzesbrecher die Hauptgasse von Bern, ohne daran gehindert zu werden, in Beschlag nehmen können?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Wintersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 15

Eingereicht am: 25.11.2019

Eingereicht von: Ammann (Bern, AL)

Beantwortet durch: POM

Na-Be – Wie plant der Regierungsrat, die altrechtlichen Gesuche nach Einführung der neuen kantonalen Gesetzgebungen zu behandeln?

Mit der Neustrukturierung Na-Be stellen sich in der Übergangsphase ein paar Fragen, die noch nicht geklärt sind.

Die Gesetzgebungen, die im Grossen Rat diskutiert werden, basieren auf der Annahme der Umsetzung der beschleunigten Verfahren. Es gibt aber schweizweit und auch im Kanton Bern noch viele altrechtliche Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller, die teilweise seit Jahren auf einen Bescheid warten und beim SEM keine Priorität haben.

Fragen:

1. Werden Personen, die ihr Asylgesuch nach dem alten Verfahren gestellt haben und teilweise seit Jahren in einem Durchgangszentrum auf einen Entscheid warten, auch nach Inkrafttreten der neuen Gesetzgebungen altrechtlich behandelt und können somit auch ohne positiven Entscheid in die zweite Phase übertreten?
2. Was unternimmt der Regierungsrat, damit (altrechtliche) Gesuche von Personen, die seit mehreren Jahren in einem Durchgangszentrum auf ihren Entscheid warten, bei der Überführung in die 2. Phase prioritär behandelt werden?
3. Wird bei altrechtlichen Gesuchen auch auf kantonaler Ebene das Gesetz, das zur Zeit der Zuweisung der Antragsstellenden in den Kanton Bern gegolten hat, angewendet?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Wintersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 16

Eingereicht am: 25.11.2019

Eingereicht von: Ammann (Bern, AL)

Beantwortet durch: POM

Umgang mit Schwankungen bei Asylgesuchen

Aufgrund des Rückgangs von Asylgesuchen in der Schweiz sind Zentren geschlossen worden. Im Zusammenhang mit Schwankungen bei den Gesuchen stellen sich aber auch Fragen, welche die Personen in den Zentren betreffen: Sollte der Regierungsrat nicht bereit sein, die Leistungsvertragspartner*innen für leere Plätze (in nicht voll belegten Zentren) zu entschädigen, besteht die Gefahr, dass die Leistungsvertragspartner*innen indirekt gezwungen sind, Personen, die in die zweite Phase wechseln könnten, in den Zentren behalten zu müssen. Dies könnte bedeuten, dass Personen mit einem positiven Asylentscheid aus kurzfristigen Kostenüberlegungen, nicht in der Schweiz an einem festen Ort mit Privatsphäre ankommen können. Dadurch kann beispielsweise auch die sogenannte Integration zusätzlich erschwert werden, weil sich die Personen länger als notwendig in einem lähmenden Wartezustand aufhalten müssen.

Fragen:

1. Ist der Regierungsrat bereit, die Leistungsvertragspartner*innen auch für leere Plätze zu entschädigen?
2. Falls nein: Welche Massnahmen plant der Regierungsrat, damit nicht aufgrund von kurzfristigen Kostenüberlegungen die längerfristige Perspektive auf Kosten der Betroffenen mit positivem Asylentscheid verloren geht?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Wintersession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 17

Eingereicht am: 25.11.2019

Eingereicht von: Köpfli (Wohlen b. Bern, glp)

Beantwortet durch: JGK

Veröffentlichung des Gutachtens zum Notariatswesen

Im Vortrag zur Änderung des Notariatsgesetzes wird auf das Gutachten von Rechtsanwalt Martin Buchli vom 19. April 2017 («Gebührensysteem für das freiberufliche Notariat – Interkantonaler Vergleich, rechtliche Rahmenbedingungen und Hinweise zu den Motionen Bhend und Brönnimann aus juristischer Sicht») verwiesen.

Frage:

- Ist der Regierungsrat bereit, das angesprochene Gutachten vor der Grossratsdebatte über das Notariatsgesetz zu veröffentlichen?

Verteiler

- Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
- Grosser Rat